

Info 4.01 Forschungsüberblick: Jugendliche und politische Beteiligung

In diesem Text sind die wichtigsten Ergebnisse einiger (empirischer) Untersuchungen der letzten Jahre zum Thema Jugendliche und politische Beteiligung zusammengefasst:

Bertelsmann Stiftung: Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland

Für die Initiative "MitWirkung" führte die Bertelsmann Stiftung 2004 eine Strukturdatenerhebung in 564 Städten und Gemeinden und anschließend eine repräsentative Studie in 42 Städten und Gemeinden durch, in der die Partizipationsituation von Jugendlichen erforscht wurde. Befragt wurden neben den Kindern und Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren auch die Kommunalverwaltungen, um Vergleiche zwischen den Einschätzungen des Partizipationsangebotes ziehen zu können.

"Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass in der Kommune das Mitwirkungsverhalten der Kinder und Jugendlichen noch geringer ausgeprägt ist als in der Schule. Von den zahlreichen Möglichkeiten, die in der Regel in der Kommune existieren, nennen 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen keine einzige, an denen sie schon einmal mitgewirkt hätten. Wenn sie sich beteiligen, dann bevorzugen sie Aktionen, wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationen u. Ä., nicht aber die repräsentativen Formen, wie Jugendparlament oder Stadtteilkonferenz.

Bei den Themen (zumeist in Projekten) finden solche, die Bedingungen ihrer Freizeitgestaltung betreffen (Sportanlagen, Jugendzentren) oder ihr soziales Engagement herausfordern (Hilfe für Menschen in der Not), besonderen Zuspruch. Dagegen sind Themen aus der Lokalpolitik, Fragen der Verkehrsplanung u.ä. eher selten Partizipationsfelder aus Sicht der Kinder und Jugendlichen. Der Veränderungswille und das Interesse am Thema sind die wichtigsten Gründe für ihre Motivation, sich in der Kommune zu beteiligen. Hinsichtlich der Partizipationsintensität klaffen wieder (wie schon in der Schule) Unterschiede in der Einschätzung seitens der Kommunen und seitens der Kinder und Jugendlichen. Grundsätzlich fühlen sich diese auch unzureichend informiert über die Mitwirkungsangebote. Abgesehen von den finanziellen Ressourcen, die als zu gering erachtet werden, bezeichnen die Kommunen die anderen Rahmenbedingungen (politisches Klima, Vernetzung mit anderen Institutionen) im Großen und Ganzen als zufrieden stellend." (Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland, Gütersloh 2005, S. 31f.)

Das Fazit lautet: "In der Kommune ist es um die Partizipation der Kinder und Jugendlichen bisher am schlechtesten bestellt. Die Gesamtwerte für die Partizipationsintensität sind sehr niedrig; die Zahl der Formen und Themen, an denen sich die Kinder und Jugendlichen beteiligen, ist gering; was die Kommunen an Beteiligungsmöglichkeiten anbieten, wird relativ wenig genutzt. Als Gründe für ihr Nicht-Mitwirken geben die Kinder und Jugendlichen am häufigsten an, sie hätten am Thema kein Interesse und ihnen fehle das Vertrauen in die Politiker, zumal diese sie nicht respektierten. Hinzu kommt, dass sich über die Hälfte der Kinder und Jugendlichen über die Partizipationsmöglichkeiten in der Kommune unzureichend informiert fühlen. Hinsichtlich des Ausmaßes ihrer Beteiligung gehen die Einschätzungen wieder stark auseinander, denn die Kommunalverwaltungen meinen, die Kinder und Jugendlichen würden insgesamt viel stärker partizipieren und auch das vorhandene Angebot stärker nutzen, als die Kinder und Jugendlichen laut ihren eigenen Angaben dies tatsächlich tun.

Als besonders förderlich für das Partizipieren in der Kommune haben sich folgende Faktoren herauskristallisiert: gute Erfahrungen, die mit vorgängiger Partizipation hinsichtlich der Ergebnisse und des Prozesses gemacht worden sind; der konkrete Veränderungswille; die Informiertheit über die Möglichkeiten zur Mitwirkung; Vereinsaktivitäten (besonders in Sportvereinen); ein Freundeskreis, der ebenfalls partizipiert; das Zutrauen in die eigene Fähigkeit, sich tatsächlich einbringen zu können; die Partizipationsintensität in der Schule. Der letztgenannte Einflussfaktor weist nochmals darauf hin, wie wichtig eine Intensivierung der Partizipation in der Schule ist, weil die dort gemachten Erfahrungen of-

fensichtlich in den öffentlichen Raum übertragen werden können und das Ausmaß der Partizipation in der Kommune stark beeinflussen." (S. 44f.)

Die ausführlichen Ergebnisse stehen im Internet zum Herunterladen zur Verfügung.

Literatur:

Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven. Prof. Dr. Reinhard Fatke und Helmut Schneider, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2005.
Download: www.mitwirkung.net

siehe auch: Reinhard Fatke u.a.: Jugendbeteiligung - Chance für die Bürgergesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 12/2006), S. 24-32.

Download: http://www.bpb.de/publikationen/NJ1RPD,0,0,B%FCrgerschaftliches_Engagement.html

15. Shell Jugendstudie 2006

Neben anderen Themen untersuchen die Wissenschaftler der Shell Jugendstudie seit Jahren auch das Verhältnis zwischen Jugend und Politik. In der aktuellen Studie 2006 kommen Sie zu dem Ergebnis, dass das Interesse an Politik unter Jugendlichen weiterhin gering ist, allerdings mit großen Unterschieden im Bildungsniveau der Befragten. Auch das Vertrauen in die klassischen politische Institutionen und insbesondere in Parteien ist nach wie vor niedrig. Zusammenfassend kommen die Forscher zu dem Ergebnis: "Alles in allem stellt Politik für die Mehrheit der Jugendlichen heute keinen eindeutigen Bezugspunkt mehr dar, an dem man sich orientiert, persönliche Identität gewinnt oder sich auch selber darstellen kann. "Politisch sein" ist heute nicht unmittelbar "in". Dies sollte jedoch nicht damit gleichgesetzt werden, dass die Jugendlichen keine eigenen Interessen hätten, für deren Verwirklichung sie sich dann ggf. auch einsetzen."

Das Engagement Jugendlicher für andere liegt weiterhin auf hohem Niveau: "Der Einsatz für gesellschaftliche Angelegenheiten und für andere Menschen gehört für Jugendliche heute, trotz des geringen Interesses an Politik, ganz selbstverständlich zum persönlichen Lebensstil dazu. Jugendliche engagieren sich in ihrer Freizeit für die unterschiedlichsten Dinge. Dominierend sind jugendbezogene Fragestellungen, wie etwa der Einsatz für die Interessen von Jugendlichen oder auch für bessere Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung. Hinzu kommen Aktivitäten für sozial schwache oder benachteiligte Menschen, für ein besseres Zusammenleben oder auch Sicherheit und Ordnung im Wohngebiet oder für sonstige konkrete Fragestellungen. Übergreifende Ziele oder der Einsatz für unmittelbare gesellschaftspolitische Veränderungen sind für jugendliche Aktivitäten nicht typisch. Der Schwerpunkt liegt eindeutig in der jugendlichen Lebenssphäre sowie beim Einsatz für konkrete bedürftige Zielgruppen."

Alles in allem 33 % der Jugendlichen geben an, "oft", und weitere 42 %, "gelegentlich" für soziale oder gesellschaftliche Zwecke in ihrer Freizeit aktiv zu sein. Das Niveau ist damit vergleichbar hoch wie schon im Jahr 2002 ausgeprägt. Typische Räume für Aktivitäten stellen die Vereine sowie die Schulen und Hochschulen dar. Vor allem in diesen Bereichen findet die Breite der Jugendlichen am ehesten Möglichkeiten, aktiv zu werden. Hinzu kommen Kirchengemeinden oder Jugendorganisationen, in denen ein bestimmter Teil aktiv ist. Selbst organisierte Projekte bilden vor allem für höher gebildete Jugendliche ein nicht unwichtiges Feld. Nicht unterschätzt werden sollten aber auch Bereiche, wie die Rettungsdienste oder die Freiwillige Feuerwehr, die häufig für Jugendliche aus weniger privilegierten Milieus Zugangswege für gesellschaftlich relevante Aktivitäten schaffen. Klassische politische Organisationen, wie zum Beispiel Parteien oder Gewerkschaften, spielen hingegen, genauso wie auch Bürgerinitiativen oder Institutionen, wie Greenpeace, Amnesty International oder andere Hilfsorganisationen, quantitativ eine untergeordnete Rolle.

Nach wie vor ist es vor allem die Schichtzugehörigkeit, die den Aktivitätsgrad prägt. Jugendliche aus gehobenen Herkunftsschichten bzw. Gymnasiasten und Studierende weisen die höchsten Quoten auf. Engagierte Jugendliche leben in aktivitätsfördernden sozialen Räumen. In ihrer Freizeit bewegen sie sich in Gruppen, suchen Jugendfreizeiteinrichtungen auf, treiben Sport oder sind künstlerisch und kreativ tätig. Medienkonsum (Fernse-

hen, Computer-Spiele etc.) oder "Rumhängen" gehören hingegen für sie deutlich weniger häufig zum Alltag. Die Haltung der Jugendlichen zu gesellschaftlichen Aktivitäten entspricht dem pragmatischen Gestus dieser Generation. Es sind nicht (mehr) die ideologischen Konzepte oder auch mögliche gesellschaftliche Utopien, die prägend sind. Weitaus wichtiger ist die persönlich befriedigende Aktivität im eigenen Umfeld, jenseits von großen Entwürfen oder gesellschaftlichem "Getöse" im Sinne einer neuen Jugendbewegung. Hierbei kann es sich sowohl um Alltagsaktivitäten im Nahbereich als auch um Mitarbeit in Gruppen handeln, die zu unterschiedlichen Themen (lokal bis global) tätig sind. Bindung entsteht in diesem Fall zum einen dadurch, dass einem die Aktivität und/oder Mitarbeit selber etwas bringt und man daraus einen eigenen persönlichen Gewinn ziehen kann. Zum anderen kommt der Aspekt der befriedigenden sozialen Beziehungen hinzu. Mitmachen setzt aus der Sicht der Mehrheit der Jugendlichen voraus, dass man sich auch persönlich zugehörig fühlt. Jugendliche Integration vollzieht sich von daher, analog zu den Entwicklungen in unserer Gesellschaft, vorrangig individuell und weniger in Form von kollektiven Mustern oder in entsprechenden Organisationsformen. Orientierungspunkt sind die eigenen Interessen sowie das persönliche soziale Umfeld. Dies schließt nicht aus, dass sich Jugendliche nicht auch weiterhin an zentralen Großveranstaltungen, Happenings oder sonstigen Treffen begeistern können. Eine nachhaltige Bindung lässt sich daraus allein jedoch noch nicht ableiten.

Literatur:

Klaus Hurrelmann, Mathias Albert: Jugend 2006. 15. Shell Jugendstudie. Eine pragmatische Generation unter Druck, Frankfurt 2006.
Internet: <http://www.shell-jugendstudie.de>

LBS-Kinderbarometer NRW

Das LBS-Kinderbarometer erhebt regelmäßig Stimmungen, Meinungen, Trends von Kindern zwischen 9 und 14 Jahren in Nordrhein-Westfalen und untersucht dabei auch regelmäßig die Einstellungen zur Partizipation am politischen Leben in der Stadt. Im Bericht von Februar 2005 wurden zum Thema "Kinderpolitik und Beteiligung" u.a. folgende Aussagen empirisch belegt:

- Fast zwei Drittel der Kinder möchten an kommunalen Entscheidungen teilhaben.
- Der Anspruch, bei Entscheidungen beteiligt zu werden, steigt mit dem Bildungsniveau: Gymnasiast/inn/en möchten häufiger mitreden als Gesamtschüler/innen.
- Fast zwei Drittel der Kinder, die sich gerne kommunal beteiligen würden, kennen keinen Ansprechpartner dafür.
- Mehr als die Hälfte der Kinder glaubt, dass in ihrer Kommune die Meinung von Kindern nicht ernst genommen wird. Dieser Glaube steigt mit zunehmendem Alter noch an.
- Kinder, die kommunale Ansprechpartner für Kinderbelange kennen, fühlen sich ernster genommen.
- Kinder- und Jugendgremien sind den Kindern weitgehend unbekannt, beinahe unabhängig davon, ob es in der Kommune ein solches Gremium gibt oder nicht.
- Mehr als die Hälfte der Kinder zöge zeitlich begrenzte Beteiligungsangebot institutionellen Angeboten vor.
- Bekannte Jugendgremien steigern das Gefühl der Kinder, ernst genommen zu werden und die Bereitschaft sich zu beteiligen.

Diese Ergebnisse wurden auch im Bericht von 2006 bestätigt. Die detaillierten Ergebnisse des LBS-Kinderbarometers – auch aus früheren Jahren – können auch im Internet heruntergeladen werden.

Literatur:

LBS-Kinderbarometer NRW. Stimmungen, Meinungen, Trends von Kindern in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Erhebung im Schuljahr 2003/2004. Ein Projekt der "LBS-Initiative Junge Familie" in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW. Durchführung: ProKids-Institut Hertens, Februar 2005.
Download: <http://www.prosoz.de/produktbereiche/prokids-institut/landesweite-kinderbarometer/>

LBS-Kinderbarometer Wohnen in NRW. Stimmungen, Meinungen, Trends von Kindern. Ergebnisse des Erhebungsjahres 2005. Ein Projekt der "LBS-Initiative Junge Familie" in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW sowie dem Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW. Durchführung: ProKids-Institut Herten, April 2006.
Download: <http://www.prosoz.de/produktbereiche/prokids-institut/wohnen-in-nrw/>

Ingo Leven: Jung wählen oder Jugendquote?

In einem Vortrag auf der Tagung "Kinder an die Macht?" im Landtag von NRW referierte Ingo Leven 2003 zu der Frage, wie Jugendliche über politische Beteiligung denken. Seine Argumentation untermauert er mit empirischen Daten aus der 14. Shell-Jugendstudie und von Infratest (siehe auch Info 4.06 bis Info 4.10). In seiner Zusammenfassung kommt er zu folgenden Ergebnissen:

- Jugend verbindet mit Politik vor allem Parteien und bleibt dabei sehr distanziert. Das Interesse an Politik ist rückläufig.
- Junge Frauen sind über die Jahre hinweg eher weniger an Politik interessiert als ihre männlichen Altersgenossen.
- Studenten sind die einzige Gruppe in denen eine Mehrheit angibt, an Politik interessiert zu sein.
- Den Parteien wird von einer Mehrheit der Jugendlichen keine Kompetenz zur Lösung der anstehenden Probleme der Gesellschaft zugeschrieben.
- Obwohl politisch weniger interessiert, ist die Jugend 2002 gut in die Gesellschaft integriert. Gesellschaftliches Engagement ist für Jugendliche kein Fremdwort. Im sozialen Nahraum aktiv zu sein, ist für Jugendliche durchaus üblich.
- Dieses Engagement findet vor allem in klassischen Organisationsformen statt. Schule und Verein kommt dabei eine zentrale Bedeutung bei.
- Sobald Jugendliche jedoch mit 16 Jahren die Schule verlassen, fehlt den Jugendlichen eine Plattform, in der sie sich "natürlicherweise" engagieren. Gewerkschaften und Parteien gelingt es nicht, in dieser Phase für die Jugendlichen attraktiv zu sein.

Literatur:

Jung wählen oder Jugendquote? Wie Jugendliche über politische Beteiligung denken. Vortrag von Ingo Leven, Infratest Sozialforschung München, Auf der Tagung "Kinder an die Macht?" – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Kommunalpolitik der FDP-Landtagsfraktion NRW am 26.11.2003 im Landtag NRW Düsseldorf.
Download: <http://www.christianlindner.de/~lindner/Beteiligung/Kinder%20an%20die%20Macht.pdf>

Ehrenamt als Einstiegsdroge? – Karriereverläufe von LokalpolitikerInnen

Wissenschaftler/innen des Institutes für Politikwissenschaft der Universität Münster untersuchten die so genannte "Professionalisierungsthese", nach der das Engagement in Vereinen und anderen Organisationen heute kaum noch eine Rolle bei der Qualifizierung für ein öffentliches Amt z.B. in Gemeindeausschüssen spiele. Bei ihrer Befragung von Lokalpolitiker/innen in Münster stellten sie jedoch fest, dass die Arbeit in Vereinen nach wie vor eine Art "Einstiegsdroge" für die Übernahme politischer Aufgaben in der Gemeinde ist:

"Gemäß unserer Ergebnisse waren die heutigen Münsteraner LokalpolitikerInnen selbst frühzeitig und etwa doppelt so häufig wie die Gesamtbevölkerung in Vereinen tätig und zeigen im Anschluss an die Übernahme von Vereinsfunktionen ein zeitlich nachgelagertes Engagement in der Lokalpolitik. Im Sinne einer Rekrutierungshypothese ist dieser Übergang zu verstehen als eine Fortsetzung des im Elternhaus bereits erfahrenen bürgerschaftlichen Engagements. Doch Vereine wirken gemäß unserer Ergebnisse nicht nur als "Schule der Demokratie", in denen man das Geschäft der Politik kennen lernt, sondern sie dienen auch noch heute wesentlich als Orte des Erwerbs von Know-how und bereicherspezifischen Kompetenzen, auf die im Mandat aufgebaut und zurückgegriffen werden kann. Zumindest für die Bereiche Sport, Kultur und Gesundheit/Soziales lässt sich ein bedeutsamer Zusammenhang zwischen kontinuierlicher Vereinsaktivität und Weiterfüh-

rung dieses Engagements in einem korrespondierenden Bereich der Kommunalpolitik feststellen.

Zwar kann man auf der Basis der vorliegenden Ergebnisse nicht belegen, ob diese Korrespondenz zwischen Vereinsamt und politischem Mandat eine notwendige Voraussetzung für eine lokalpolitische Karriere darstellt. Doch kann dieser überzufällige Zusammenhang dahingehend interpretiert werden, dass für die heutigen LokalpolitikerInnen die Tätigkeit in Vereinen insofern in engen Zusammenhang mit ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit steht, als hier eine bereichsspezifische Sozialisation stattgefunden hat, die nicht nur den Erwerb von feldgebundenem Handlungswissen sondern auch das Knüpfen wichtiger Kontakte zu Personen mit "Gate-Keeper" Funktion beinhaltet. Vereinsengagement ist demnach nach in den genannten Bereichen nach wie vor eine "Einstiegsdroge" für die Kommunalpolitik und stattet die Befragten mit einem nicht zu unterschätzenden kulturellen und sozialen Kapital für ihre "Tätigkeit als Lokalmatadore" aus.

Literatur:

Friedrich Paulsen, Freia Stallmann, Annette Zimmer: Ehrenamt als Einstiegsdroge? – Karriereverläufe von LokalpolitikerInnen. DVPW-Kongress, Münster 2006.

Download: <http://www.dvpw.de/dummy/index.php?id=297>